

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
42. Rat 2004-2009
Sitzungsdatum:
17.03.2009

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 17.03.2009

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 09.09.2008 aus öffentlicher Sitzung
3. Bebauungsplan Nr. 107 - Rathausplatz 2 -
hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung
4. Vorstellung und Beschlussfassung zur Erweiterung der Gewerbeflächen an der B 221
hier: Zwischenbericht des Planungsbüros ASS Düsseldorf
5. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
6. Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2009
7. Änderung des Stellenplanes 2009
8. Beratung und Erlass der Haushaltssatzung für Jahr 2009
9. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 9.1. gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen nach § 5 GeschO vom 10.03.2009 betr. Resolution für einen gemeinsamen Wahltermin von NRW-Kommunal- und Bundestagswahl am 27.09.2009
- 9.2. Antrag der Freiwilligen Feuerwehr Übach-Palenberg, Löschzug Übach auf Durchführung einer weiteren Veranstaltung im Rahmen des 112-jährigen Bestehens
10. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

11. Einwohnerfragestunde
- B) **Nichtöffentliche Sitzung**
12. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 09.09.2008 aus nichtöffentlicher Sitzung
13. Erweiterungen zur Tagesordnung
14. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 14.1. Erläuterungen zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2009 (vertraulich)

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel	SPD	
Herr Sven Bildhauer	SPD	
Herr Bernhard Brade	CDU	
Herr Thomas Dieckmann	UWG	
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Joachim Fröhlich	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	(abwesend zur TOP 8, Buchst. o)
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	
Frau Silvia Gillen	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Herbert Konrads	CDU	
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD	
Frau Norma Kuhlmeier	SPD	
Herr Leo Meertens	UWG	
Frau Petra Meyer	UWG	
Herr Herbert Mlaker	SPD	
Herr Manfred J. Offermanns	FDP	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Frau Eva Maria Piez	SPD	
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen	
Frau Vera Sarasa	UWG	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Herr Matthias Spätgens	SPD	
Herr Gerd Streichert	SPD	
Herr Jörg Ulrich	CDU	
Herr Björn Utecht	B'90/Die Grünen	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	
Herr Hubert Wynands	CDU	

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gatzen
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Stadtoberinspektor Björn Beeck

Schriftführer

Herr Stadtamtsrat Thomas Schröder

Abwesende

Frau Roswitha Bischhaus-Trotnow UWG

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und Vertreter der Presse. Er erklärte, dass den Stadtverordneten zwei Erweiterungen zur Tagesordnung zugegangen seien. Neben einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Wahltermin der NRW-Kommunalwahl, bitte die Freiwillige Feuerwehr - Löschzug Übach - wie bereits in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung angekündigt, um Genehmigung der Durchführung einer weiteren Veranstaltung im Rahmen ihres 112-jährigen Feuerwehrjubiläums.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um folgende Punkte erweitert:

- 9.1 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen nach § 5 GeschO vom 10.03.2009 betreffend Resolution für einen gemeinsamen Wahltermin von NRW-Kommunal- und Bundestagswahl am 27.09.2009.**
- 9.2 Antrag der Freiwilligen Feuerwehr Übach-Palenberg - Löschzug Übach - auf Durchführung einer weiteren Veranstaltung im Rahmen des 112-jährigen Bestehens.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte fest, dass keine weiteren Anträge und keine Anfragen zur Tagesordnung vorgebracht wurden.

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Beschluss:

Die Niederschrift zur Sitzung des Rates vom 10.02.2009 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 09.09.2008 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates aus öffentlicher Sitzung vom 09.09.2008 wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

**3 Bebauungsplan Nr. 107 - Rathausplatz 2 -
hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung**

Beschluss:

Im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 107 - Rathausplatz 2 - und der Bebauung am Rathausplatz soll eine Einwohnerversammlung durchgeführt werden.

Folgende Stadtverordnete nehmen an der Einwohnerversammlung teil:

Für die Fraktion der SPD:	die Stadtverordneten Heiner Weißborn und Sven Bildhauer
Für die Fraktion der CDU:	die Stadtverordneten Gerd Gudduschat und Peter Fröschen
Für die Fraktion der UWG:	der sachkundige Bürger Wolfgang Bien
Für die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN:	die sachkundige Bürgerin Brigitte Appelrath
Für die FDP:	der Stadtverordnete Manfred J. Offermanns

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4 Vorstellung und Beschlussfassung zur Erweiterung der Gewerbeflächen an der B 221

hier: Zwischenbericht des Planungsbüros ASS Düsseldorf

Der Rat nahm den Zwischenbericht des Planungsbüros ASS Düsseldorf ohne Widerspruch und Fragen zur Kenntnis.

5 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass

Bürgermeister Schmitz-Kröll berichtete darüber, dass an die Stadtverordneten zu der Sitzungsvorlage noch ein ergänzendes Schreiben verteilt wurde. Hierin stelle der Polzeisportverein Aachen in Zusammenarbeit mit dem Aktionskreis Pro Übach für den verkaufsoffenen Fronleichnam-Feiertag am 11.06.2009 eine Initiative zur Durchführung des ersten „Übachtalrennens“ vor. Für die Bezirke Aachen, Köln und Bonn solle in Übach-Palenberg die Bezirksmeisterschaft im Radrennsport durchgeführt werden.

Stadtverordneter **Josef Fröschen** erinnerte daran, dass der 11.06. in diesem Jahr auf Fronleichnam falle. Er bitte darauf zu achten, dass die ausgewählte Wettkampfstrecke nicht mit dem Wegeverlauf der Fronleichnamsprozession kollidiere.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass auch diese Frage schon bei den Vorbereitungen mit dem Aktionskreis Pro Übach bedacht worden sei. Er erklärte, dass die Fronleichnamsprozession in diesem Jahr in Boscheln stattfinde und deshalb diesbezügliche Besorgnisse unbegründet seien.

Bürgermeister Schmitz-Kröll gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass das Übachtalrennen vielleicht zu einer ständigen Einrichtung werden könne. Er verwies darauf, dass aber die Organisation beim Polzeisportverein Aachen liege. Der Aktionskreis Übach habe im Wesentlichen dem Polzeisportverein Aachen eine finanzielle Unterstützung im Wege des Sponsorings zugesagt. Sicherlich werde die Stadt die eine oder andere Hilfestellung geben.

Beschlussempfehlung:

Die beiliegende Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass wird beschlossen (die Neufassung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6 Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2009

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** erklärte, dass den Stadtverordneten zugesagt worden sei, das Personalentwicklungskonzept der Verwaltung bis zum Ende des letzten Jahres vorgelegt zu bekommen. Aufgrund verschiedener Aspekte konnte jedoch dieser Termin nicht eingehalten werden. Insbesondere die seit Anfang des Jahres laufenden Prüfungen der Gemeindeprüfungsanstalt im Hause, die verstärkt auch Personal im Bereich des Haupt- und Personalamtes binde, bedinge diese Verzögerung.

Auch die im letzten Jahr durchgeführte Organisation der Stellenbewertungen für die gesamte Verwaltung habe umfangreiche Ressourcen gebunden.

Der erste Entwurf des Personalentwicklungskonzeptes werde den Stadtverordneten noch vor der nächsten Ratssitzung zur Kenntnis zugestellt. Gleichzeitig werde es dem Personalrat im Rahmen des Zustimmungsverfahrens zugeleitet.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion eine diesbezügliche Frage hätte stellen wollen.

Dem Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2009 wolle man jedoch zustimmen.

Auch Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass man dem Entwurf des Stellenplanes zustimmen wolle.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die UWG-Fraktion ebenfalls dem Stellenplan zustimmen werde.

Auch Stadtverordneter **Rißmayer** stellte seine Zustimmung zum Stellenplan in Aussicht.

Stadtverordneter **Offermanns** erklärte, dass er sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten wolle, da für ihn das Vorliegen eines Personalentwicklungskonzeptes für eine Zustimmung notwendig sei.

Stadtverordneter **Weißborn** erkundigte sich danach, wie die ARGE-Stellen im Team Übach-Palenberg bewertet werden.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** erklärte, dass die Fallmanager-Stellen mit A11 ausgewiesen seien und die der Sachbearbeiter mit A9. Eine Bewertung dieser Stellen sei seitens der ARGE leider bisher noch nicht erfolgt. Da es sich um ARGE-Stellen handele, entzögen sich diese der Bewertung durch die Stadt. Allerdings werden der Stadt die Personalkosten für die Fallmanager bis A11 oder vergl. Vergütung und die der Sachbearbeiter bis A9 m.D. oder vergl. Vergütung erstattet. Was die Bewertung angehe, gebe es jedoch noch keine einheitliche Linie. Der Kreis Düren als Optionskommune, habe seine Fallmanager und Sachbearbeiter beispielsweise wesentlich geringer bewertet.

Stadtverordneter **Weißborn** erkundigte sich danach, wie die Stellen der ARGE im Personalentwicklungskonzept abgebildet würden.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** erklärte, dass die ARGE-Stellen insofern Bestandteil des Personalentwicklungskonzeptes seien, als den Beschäftigten zugesagt

wurde, im Rahmen der persönlichen Berufswegplanung so schnell wie möglich wieder in die normale Organisation des Rathauses mit eingeplant zu werden, soweit dies ihr Wunsch sei. Allerdings setze dies voraus, dass entsprechend bewertete Stellen frei sind.

Zum Thema Beförderung erklärte er, dass diese, wie auch in den letzten Jahren in Übach-Palenberg gehandhabt, wegen der besonderen Belastung sehr schnell auf die ausgewiesene Besoldung A 11 /A 9 durchgeführt wurde.

Beschluss:

Dem Stellenplan der Beamten und tariflich Beschäftigten für das Jahr 2009 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung

7 Änderung des Stellenplanes 2009

Beschluss:

Im Stellenplan 2009 wird mit sofortiger Wirkung eine weitere Stelle der Entgeltgruppe 6 TVöD eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung

8 Beratung und Erlass der Haushaltssatzung für Jahr 2009

Bürgermeister Schmitz-Kröll bat die Fraktionsvorsitzenden und Parteienvertreter um ihre Wortbeiträge zum Haushaltsentwurf 2009.

Stadtverordneter **Weißborn** führte aus:

„Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger von Übach-Palenberg,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren!

Mit dem diesjährigen Haushaltsentwurf halten wir den ersten NKF-Haushalt in Händen. Dieser Haushalt ist für uns alle neu und jeder von uns hatte oder hat immer noch seine Schwierigkeiten sich in diesem Zahlenwerk zurechtzufinden. Wir, die wir uns Jahre und Jahrzehnte lang mit dem kameralen Haushalt auseinandergesetzt haben, müssen uns nun mit dieser neuen Systematik beschäftigen. Dabei geht es um Begriffe wie Ressourcenverbrauch, Ergebnisplan, Transferleistungen, Ausgleichsrücklage oder Eröffnungsbilanz. Das alles hört sich zunächst einmal sehr kompliziert an, soll aber letztendlich dazu führen, dass Verwaltung und Politik neue Steuerungsmöglichkeiten an die Hand bekommen. Wenn wir früher, im kameralen Haus-

halt, nachlesen wollten, was beispielsweise die städtischen Seniorennachmittage wirklich kosten, so war das gar nicht so einfach. Verschiedene Positionen mussten zusammen gesucht und addiert werden und selbst dann fehlten noch die angefallenen Personalkosten – und an die Abschreibung auf Betriebs- und Geschäftsausstattung hat ohnehin niemand gedacht. Heute, im Zeitalter des neuen kommunalen Finanzmanagement ist dies viel übersichtlicher geworden. Da gibt es nämlich ein Teilprodukt mit dem Namen ‚Seniorennachmittage‘. Hier kann man auf einen Blick erkennen, was die Seniorennachmittage für das Haushaltsjahr 2009 für Kosten verursachen, alles in allem genau € 8.473,-. Eine klare Aussage, mit der man auch wirklich was anfangen kann. Man könnte auch sagen: Jetzt können wir endlich steuern, wir müssen es nur noch wollen! Für die SPD-Fraktion kann ich ganz klar sagen wir wollen steuern! Der Kurs steht fest: nach vorne! Wir wollen Übach-Palenberg fit für die Zukunft machen.

Bevor ich mich nun mit dem Haushalt beschäftige, möchte ich es nicht versäumen, der Verwaltung zu danken. Herr Bürgermeister, insbesondere Ihre Mitarbeiter in der Kämmerei haben in einer wahren Fleißarbeit diesen Haushaltsentwurf erarbeitet: dafür gilt ihnen mein Dank. Für Sie, Herr Schmitz, muss es besonders schwierig gewesen sein, nach einigen Jahrzehnten die kamerale Welt nun endgültig zu verlassen. Für Ihre Mühe, Ihre Ratschläge und besonders für Ihre Geduld möchte ich Ihnen ausdrücklich danken. Mein Dank gilt heute aber auch jemandem, der zum ersten Mal Besucher der SPD-Klausurtagung war. Ich möchte es ausdrücklich betonen: Herr Beeck hat sich uns als äußerst sachkundiger Mitarbeiter präsentiert. Auf sämtliche Fragen – und das waren nicht wenige – hatte er die passende Antwort. Nur mit der Zeit hat er sich wohl verkalkuliert. Er hat nämlich gedacht, dass er nach drei Stunden wieder zu Hause ist. Weit gefehlt: unsere Tagung begann um 9:00 Uhr und bereits um die Mittagszeit habe ich gesehen, wie Herr Beeck telefoniert hat. Er musste wahrscheinlich Bescheid sagen, dass es etwas später wird.

Aber nicht nur die Kämmerei hatte mit den Tücken des NKF zu kämpfen, sondern sämtliche Mitarbeiter im Rathaus mussten sich umstellen. So galt es zunächst die Bewertung des Inventars durchzuführen und sich dann noch auf die neue Buchführung umzustellen. Ich kann Ihnen, meine Damen und Herren von der Verwaltung, versprechen, das kommt so oft nicht mehr vor, und wenn sich einmal alles eingespielt hat, wird es nicht schwieriger sein als vorher – nur eben mit mehr Überblick. Verbesserungswürdig ist der neue Haushalt dennoch. So fehlten uns die aus dem kamerale Haushalt geläufigen Erläuterungen. Da muss zwingend nachbearbeitet werden. Auch die Bürgerinnen und Bürger, die sich mit unserem Haushalt beschäftigen wollen, sollen schließlich verstehen, worum es geht.

Meine Damen und Herren,

In diesem Haushaltsentwurf befinden sich geplante Einnahmen bei der Gewerbesteuer in Höhe von knapp 10,6 Millionen Euro. In Anbetracht der Wirtschafts- und Finanzkrise halte ich diesen Ansatz schon für sehr optimistisch. Ich kann zwar verstehen, dass der Kämmerer bemüht ist, den Haushalt auszugleichen, aber ich befürchte, dass wir mit diesem Ansatz zu hoch liegen. Hoffen wir alle gemeinsam, dass uns dies am Jahresende nicht einholt.

Erfreulich hingegen ist die Tatsache, dass wir auch in diesem Jahr die Hebesätze für Steuern und Abgaben unverändert lassen. Es wäre wohl auch niemanden zu vermitteln, gerade in Zeiten einer solchen Krise, die Steuern und Gebühren rauf zu setzen.

Dass die Kreisumlage in Höhe von rund 15,8 Millionen Euro sich dabei auf Rekordniveau befindet, ist für die Gemeinden im Kreis Heinsberg schon schlimm genug und alles andere als erfreulich.

Lassen Sie mich nun zu den einzelnen Positionen im Haushalt Stellung beziehen:

Ich möchte mit einem Thema beginnen, über das wir hier im Rat seit Ewigkeiten streiten: Es geht um die Öffnung der Aachener Straße. Kaum ein Thema wird in unserer Stadt so oberflächlich behandelt, wie diese Frage. Fakten werden einfach ignoriert und wilde Behauptungen werden aufgestellt, die durch nichts zu belegen sind! So stellte beispielsweise der Stadtratskandidat der CDU, Johannes Nievelstein, sinngemäß die Behauptung auf, dass der Weißborn nur gegen die Öffnung der Aachener Straße ist, weil er in Übach ein Geschäft hat. Da wird unter anderem behauptet, dass der Kreisverkehr uns gar nichts kostet: er könnte doch schließlich mit Mitteln aus dem Konjunkturprogramm finanziert werden. Welch hahnnebüchener Unfug. Weder das eine, noch das andere ist richtig! Das erste ist mir einfach zu dumm und deswegen kommentiere ich es nicht. Das zweite jedoch führt die Menschen ganz einfach in die Irre. Ganz abgesehen davon, dass nach meiner festen Überzeugung oder auch nach dem Gesetzestext dieser Kreisverkehr nicht aus Mitteln des Konjunkturprogrammes zu fördern ist, stimmt die Rechnung weder vorne noch hinten: Laut Vorschlag der Verwaltung sollten die 995.000,- Euro, die wir für Infrastrukturmaßnahmen erhalten, für die Erneuerung des Sportplatzes am Bucksberg sowie dem Bau eines Kreisverkehrs an der Aachener Straße verwendet werden. Der Bucksberg schlägt aber schon mit 950.000 Euro zu Buche. Mit den restlichen 45.000,- Euro ist die Öffnung der Aachener Straße aber gar nicht zu bewerkstelligen.

Also, meine Damen und Herren: Nichts ist mit umsonst und man muss sich fragen, wo denn da die Glaubwürdigkeit bleibt? Nein, die veranschlagten 300.000 Euro, die die Öffnung der Aachener Straße kosten würde, müssten komplett aus allgemeinen Haushaltsmitteln finanziert werden. Das bedeutet natürlich kreditfinanziert. 300.000 Euro, die wir zwingend woanders gebrauchen könnten: in Schulen, in anderen Kreisverkehren, wie z. B. an der Kreuzung Mühlenweg/ Poststraße in Palenberg oder bei der Verbesserung des Straßenzuges Bahnhofstraße. Im Übrigen liegt da auch das eigentliche städtebauliche Problem, bezogen auf das Geschäftszentrum Palenberg. Hier herrscht im Gegensatz zur Aachener Straße Handlungsbedarf. Auf meine Frage, weshalb denn an dieser Stelle unbedingt ein Kreisverkehr eingerichtet werden solle, blieben CDU und UWG jede sachlich begründete Antwort schuldig. Die SPD hingegen hat genau erklärt, aus welchen Gründen sie sich bisher gegen diese Öffnung gestellt hat. Dazu möchte ich gleich drei Quellen nennen.

1. Das Verkehrsentwicklungskonzept unserer Stadt sagt dazu ganz eindeutig, ich zitiere: „Eine Öffnung der Aachener Straße am Knoten Mühlenweg wird nicht empfohlen.“
2. Es gibt die Untersuchung von Prof. Dr. Danneberg, die sich mit der Erreichbarkeit der Stadtzentren Übach und Palenberg auseinandergesetzt hat und die jedem in diesem Rat genau bekannt ist. In einer groß angelegten Befragung der Autofahrer wurde ermittelt, wie denn die Erreichbarkeit der Zentren bewertet wird. Sie dürfen mal raten, meine Damen und Herren, welches Zentrum bezüglich der Erreichbarkeit besser bewertet wurde. Ja genau, es war Palenberg! Übach wurde mit 64,1% als gut erreichbar und mit nur 2,4% als schlecht bewertet. Palenberg wurde sogar

mit 65,5% als gut und nur mit 2,5% als schlecht bewertet.

3. Die dritte und aktuellste Quelle ist unser Bürgermeister. Nach seiner Auffassung aus den Jahren 2004 bis 2007 wäre eine Öffnung der Aachener Straße schlicht und einfach Steuerverschwendung.

Die beiden ersten Untersuchungen haben stattgefunden, bevor es den Grünen Pfeil an dieser Stelle gab. Dadurch ist eine Erreichbarkeit aber nur verbessert worden.

Jetzt habe ich in der letzten Ratssitzung aber auch gesagt, dass wir diese Öffnung nicht einfach ablehnen, weil wir sie schon immer ablehnt haben. Die von mir zitierten Gutachten sind mittlerweile über 10 Jahre alt. Zeiten ändern sich und deshalb beantragen wir heute erneut eine Einzelhandelsuntersuchung genau für diesen Bereich durchführen zu lassen. Da kann dann belegt werden, ob eine Öffnung für das Zentrum Palenberg von Vorteil ist oder nicht. Einem entsprechenden Ergebnis würden wir uns dann selbstverständlich nicht verschließen. Aber einfach mal so, quasi en passant, weil Wahlkampf ist, 300.000 Euro Steuergelder für eine zumindest fragwürdige Baumaßnahme auszugeben, wäre einfach nicht sachgerecht. Dass es an dieser Stelle eine Lösung geben muss, damit Lkws, die in die Aachener Straße hinein fahren, auch wieder problemlos herauskommen, ist selbstverständlich. Dafür wollen wir auch sorgen. Möglichkeiten, wie die Einrichtung eines Wendehammers liegen auf dem Tisch. Aus all dem ergibt sich, dass wir beantragen, die angesetzten 300.000 Euro aus dem Entwurf zu streichen.

In meinen vorstehenden Ausführungen habe ich den Sportplatz am Bucksberg erwähnt. Dieser Sportplatz ist seit Jahren in einem sehr schlechten Zustand. Neben zwei Sportvereinen wird dieser Platz auch intensiv von unseren Schulen benutzt. Deshalb wollen wir ausdrücklich dem Verwaltungsvorschlag folgen und für die Erneuerung 950.000,- Euro aus Mitteln des Konjunkturprogrammes zur Verfügung stellen.

Da ich jetzt einmal beim Sport bin, möchte ich auch weitere Investitionen nennen, die wir für Sporteinrichtungen in unserer Stadt bedeutsam finden. Beginnen möchte ich mit der Turnhalle Barbarastraße. Jeder, der diese Halle kennt, aber erst recht die Sportler, die sie benutzen, weiß um die Sanierungsbedürftigkeit dieses Gebäudes. Die Handballer haben keinen Platz für die Trainerbank und die Boxer müssen ihren schweren Ring bei jeder Veranstaltung von der Schule in die Halle schleppen. Mit dem Planungsansatz von 50.000,- Euro in diesem Jahr und einer Gesamtfinanzierungssumme von 630.000,- Euro bis 2012 sollten diese Probleme zu lösen sein. Auch der energetische Zustand wird dadurch verbessert.

Die nächste Sporteinrichtung, die ich nennen möchte, ist das Schwimmbad. Auf Antrag der SPD-Fraktion wird zurzeit das Freibad erneuert. Dies war eine gute Entscheidung, haben wir doch eine große Schwimmsportgemeinde bei uns zu Hause. Wir alle wünschen uns und hoffen, dass pünktlich zur Eröffnung der Freibadsaison im Mai das neue Bad eröffnet werden kann. Nach einer kürzlich stattgefundenen Besichtigung der Baustelle konnte ich mich davon überzeugen, dass die Fertigstellung auf gutem Wege ist. Mit der Halle und dem Freibad haben wir dann ein richtig tolles Bad, das sich sehen lassen kann. Trotzdem hat dieses Schwimmbad einen kleinen Schönheitsfehler. Der Eingang ist nicht behindertengerecht! Rollstuhlfahrer und ältere Menschen mit Rollatoren haben Probleme, diese Hürde zu überwinden. Das wol-

len wir ändern! Deshalb beantragen wir heute den Eingangsbereich behindertengerecht umzubauen. Wir bitten die Verwaltung um eine Kostenermittlung, damit sich der zuständige Ausschuss mit diesem Thema beschäftigen kann. Für einen späteren Um- und Ausbau der Sauna stehen 10.000,- Euro als Planungskosten bereit. Damit wollen wir untersucht wissen, ob und wie es möglich ist, die Sauna so zu sanieren, dass sie wieder schwarze Zahlen schreibt.

Der letzte Sportbereich, den ich heute ansprechen möchte, liegt im Naherholungsgebiet. Es geht um den dort befindlichen Basketballplatz. Gerade in der Sommerzeit, wenn sich Jugendliche länger draußen aufhalten, sollte der Platz wenigstens bis 22:00 Uhr bespielbar sein. Dies scheitert heute aber daran, dass eine nötige Beleuchtung fehlt. Im Rahmen der 30.000,- Euro, die für die Beleuchtung der Wege im Naherholungsgebiet angesetzt sind, könnte dieser Basketballplatz beleuchtet werden. Dies beantragen wir hier mit.

Nun komme ich zum Thema Schulen:

Wir alle wissen, dass wir in den letzten Jahren viele Millionen Euro in Schulen investiert haben. Das hört sich viel an, ist aber, wie man unschwer erkennen kann, bei Weitem noch nicht genug. Allein in diesem Jahr investieren wir rd. 1,8 Millionen Euro in die energetische Verbesserung an unseren Schulen. In der Vergangenheit ging ein großer Anteil dieses Geldes in den Brandschutz, also in einen Bereich von dem die Betroffenen, also die Schüler und Lehrer, zunächst einmal wenig haben. Es sei denn, es brennt, was wir alle nie hoffen wollen.

Nun ist es aber an der Zeit, Instandhaltungen und Reparaturen, die in Vorjahren nicht getätigt wurden, nachzuholen. Deshalb beantragen wir, beginnend in diesem Jahr, zusätzlich jedes Jahr € 300.000,- in diese Instandhaltungsmaßnahmen zu investieren. Diese Maßnahme soll zunächst auf fünf Jahre festgelegt werden. Für uns ist dabei sehr wichtig, dass diese Maßnahmen in enger Absprache mit der Schule stattfinden sollen. Es ist ein Zeitmaßnahmenplan zu erstellen, aus dem konkret ablesbar sein wird, wann, welches Projekt in Angriff genommen wird. Damit dies nicht zu Problemen beim Haushaltsausgleich führt, sind dafür Rückstellungen zu bilden. Konkret lautet unser Antrag deshalb folgendermaßen: Für Instandsetzungen in Schulen werden zusätzlich € 300.000,- jährlich im Zeitraum von 2009 bis 2012 zur Verfügung gestellt. Zu diesem Zwecke sind vom Fachamt in enger Abstimmung mit den Schulen aller erforderlichen bzw. bis dato unterlassenen Instandsetzungsmaßnahmen je Schule zu erfassen zu beschreiben und zu bewerten.

Meine Damen und Herren, wir von der SPD-Fraktion wollen, dass am Ende der vor uns liegenden Legislaturperiode die Schulen wieder in Ordnung sind.

Nun war heute morgen in der Zeitung nachzulesen, dass sich die Lehrer und vor allen Dingen die Schüler unseres Gymnasiums verunglimpft fühlen. Sie wehren sich gegen den Vorwurf des Vandalismus. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Dies tun sie zu Recht! Nachdem der Bürgermeister in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ohne Not ein Schreiben des zuständigen Ingenieur-Büros verlesen hat, habe ich mich am Mittwochmorgen mit dem Schulleiter des Carolus-Magnus-Gymnasiums in Verbindung gesetzt. Ich habe ihn gefragt, was denn an diesen Vorwürfen dran sei. Die Antwort war klar und deutlich: Nichts! Kein Vandalismus, keine Zerstörungswut, bestenfalls normales Verhalten von Schülerinnen und Schüler. Wenn aber die Befestigungen der Heizkörper für den normalen Schulbetrieb ungeeignet sind, dann darf man sich nicht wundern, wenn ein Heizkörper unter der Belas-

tung von sitzenden Schülern absackt. Ich weiß, wovon ich spreche, denn ich habe mir den angeblichen Schaden vor Ort angesehen. Der heutige Zeitungsartikel gibt exakt den Zustand wieder und ihm ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Menschenskind, Herr Bürgermeister, sie waren doch sonst immer so besonnen. Warum geben sie unreflektiert und in der Öffentlichkeit solche Dinge wieder und kommentieren diese Dinge in der Sitzung dann auch noch mit dem Begriff der Zerstörungswut? Ich dachte immer, wir wären uns darin einig, dass wir unsere Stadt nicht schlecht reden wollen. Das muss doch auch für unsere Schulen gelten. Mit solchen Aussagen wird Politikverdrossenheit bei jungen Menschen gefördert.

Vor dem Hintergrund, dass das Gymnasium erst vor Kurzem hinnehmen musste, dass der Stadtrat – und ich betone ausdrücklich mehrheitlich und nicht einstimmig – sich gegen das Votum der Schulkonferenz in Sachen Schulleiter gestellt hat, habe ich Verständnis dafür, wenn die Schülerinnen und Schüler nun schreiben, dass sich der Stadtrat wieder einmal gegen sie wendet. Obwohl ich persönlich die Auffassung vertreten habe, das Votum der Schulkonferenz zu respektieren, erlaube ich mir an dieser Stelle deutlichen Widerspruch! Nicht der Stadtrat hat von der Zerstörungswut im Gymnasium gesprochen, sondern nur ein Einzelner. Einer von 33! Das möchte ich ausdrücklich klarstellen und ich versichere Ihnen, liebe Schülerinnen und Schüler, dass niemand in diesem Raum – ich darf dies wohl auch für die anderen Fraktionen sagen – sich diesen Vorwurf zu Eigen gemacht hat! In meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Schulausschusses und aus meinem vielen Besuchen in ihrer Schule weiß ich ganz genau, dass man an Ihrer Schule nicht von Vandalismus und Zerstörungswut durch die Schüler sprechen kann. Genau das Gegenteil ist der Fall. Deswegen stelle ich mich heute in aller Deutlichkeit hinter Sie! Ich bitte Sie aber auch darum, in ihrem Urteil etwas mehr zu differenzieren. Was mich in der Haupt- und Finanzausschusssitzung aber ganz besonders geärgert hat, ist die Tatsache, dass Sie, Herr Bürgermeister, diesen Brief nach unserem Antrag auf Bereitstellung von 300.000 Euro pro Jahr für die Schulen vorgelesen haben. Welchen Eindruck das auf uns gemacht hat, brauche ich wohl nicht zu erklären.

Einen kleinen Seitenhieb kann ich mir beim Thema Konjunkturpaket und Schulen nicht verkneifen. Sie, meine Damen und Herren von der CDU, haben in der Vergangenheit immer beklagt, dass wir auch Fahrtkosten für auswärtige Schülerinnen und Schüler zu tragen haben. Heute will ich Sie auf einen Vorteil hinweisen. Dem Umstand, dass wir hohe Schülerzahlen vorzuweisen haben, führt dazu, dass wir den relativ hohen Betrag aus den Mitteln des Konjunkturpaketes für Schulen verbuchen können. Dieser wird nämlich nach der Schülerzahl ermittelt. Vielleicht sollten Sie Ihre Position an dieser Stelle grundsätzlich überdenken.

Nun finden wir im vorgelegten Haushalt viele kleinere Positionen bei den Schulen, die aufgrund unseres Antrages kein ‚Kind ohne Bildung‘, entstanden sind. Mit diesem Gesamtbetrag von rund 4.500 Euro werden wir den Eigenanteil an den Lernmitteln für Kinder von Hartz-IV-Empfängern übernehmen. Damit sprechen wir nicht nur darüber, dass Bildung wichtig ist, sondern tun auch konkret etwas dafür.

Als weitere Maßnahmen, die im Haushaltsentwurf eingestellt sind, finden wir die Straße „Im Winkel“ und den geplanten Ausbau des Radweges „Waubacher Weg“. Weder gegen die eine, noch gegen die andere Maßnahme haben wir Einwände. Wir möchten die Verwirklichung allerdings davon abhängig machen, dass

- bei der Straße „Im Winkel“ die Anlieger im Vorfeld darüber informiert werden, ob und wie viel Anliegerbeiträge fällig werden. Sie, Herr Bürgermeister, haben letzte

Woche ja zugesagt, dies bis heute prüfen zu lassen. Im Protokoll des Hauptausschusses ist dieser Passus übrigens nicht korrekt wiedergegeben: Meine Frage bezog sich ausdrücklich auf Anliegerbeiträge und nicht wie der im Protokoll abgedruckten Antwort von Ihnen, auf Erschließungsbeiträge. Der Unterschied ist uns doch beiden klar.

- der zum Ausbau des Waubacher Weges, die in Aussicht gestellten Landesmittel in Höhe von rund 97.000,- Euro auch tatsächlich fließen. Die Begründung, dass dieser Weg dann als sicherer Schulweg zu benutzen ist, teilen wir allerdings nicht, da dieser Weg viel zu einsam und verlassen liegt.

Apropos Weg:

Um einen solchen handelt es sich auch bei dem Sachkonto 04540000. Da sollen für den Verkauf eines Weges im Bereich der geplanten Kiesabgrabung in Frelenberg Einnahmen in Höhe von 160.000 Euro erzielt werden. Nach der Abstimmung über unseren Antrag, den Weg nicht zu verkaufen, bezweifle ich ernsthaft, dass dieser Verkauf überhaupt zustande kommt. Dafür wird es dann nämlich keine Mehrheit geben. SPD und CDU haben bei dem Ärger um die Änderung des GEP immer gesagt, dass wir, wenn wir beteiligt worden wären, einer Änderung in Sachen Ausweitung der Kiesabgrabung in Richtung Frelenberg nie zugestimmt hätten. Die SPD hat dies, bei allem Druck der dort aufgebaut wurde, konsequent durchgehalten. Weshalb Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, später umgekippt sind und sich in der letzten Konsequenz für die Kiesabgrabung entschieden haben ist mir nach wie vor schleierhaft. Welche Gründe gibt es eigentlich dafür? Sie müssen sich fragen lassen, wo denn da Ihre Glaubwürdigkeit bleibt? Dasselbe gilt übrigens auch für die Kollegin von der UWG-Fraktion, für Sie, Frau Sarasa.

Die letzte Maßnahme die ich heute ansprechen möchte, ist der geplante Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Scherpenseel. Es ist vollkommen unbestritten, dass die Feuerwehr unzulänglich untergebracht und es an der Zeit ist für Abhilfe zu sorgen. Wir haben aber bereits im letzten Jahr deutlich gemacht, dass mit dem Mittelansatz nicht vorweggenommen werden darf, ob dieses Haus in eigener Regie oder auf Mietbasis erstellt wird. Da es dazu aber auch einen Antrag der CDU gibt, wie ich hörte, werden wir uns wohl in der nächsten Ratssitzung damit beschäftigen. Dann sollten wir aber auch wirklich entscheiden!

Wie das bei den Haushaltsberatungen nun mal so ist, werden nicht nur Punkte angesprochen, die einen unmittelbaren Einfluss auf die Finanzen haben, sondern ganz allgemein für unsere Stadt von besonderem Interesse sind. Ich will dies auch in diesem Jahr tun und einen Punkt, der uns seit Jahrzehnten beschäftigt, ansprechen. Gemeint ist die geplante Landstraße L 240. Nun hat sich in diesem Zusammenhang eine Bürgerinitiative gegründet, die sich ganz eindeutig gegen den Bau dieser Straße ausspricht. Ich selber war bei der Versammlung in der letzten Woche anwesend und muss zunächst einmal feststellen, dass es sich keineswegs um eine populistische oder gar unseriöse Veranstaltung gehandelt hat. Nein, die Informationen, die von Seiten der Bürgerinitiative vermittelt wurden, waren absolut seriös und entsprachen den Tatsachen. Mich persönlich hat sehr beeindruckt, dass dort Menschen aus sämtlichen Bevölkerungsgruppen anwesend waren und ihren Unmut kundgetan haben. Die Zahl von 200 Anwesenden scheint mir nicht übertrieben. Jetzt geht es um die Frage, wie gehen wir mit dieser Angelegenheit sachgerecht um. Schon lange bevor ich Mitglied des Rates wurde, und das liegt schon 25 Jahre zurück, wurde die L 240 von sämtlichen politischen Vertretern in Übach-Palenberg gefordert. Dafür gab es

sicher gute Gründe. Aber auch die Argumentation der Gegner dieser Straße sollte nun gebührend berücksichtigt werden. Schließlich hat sich auch in unserer Stadt in den letzten Jahrzehnten viel verändert und bisher gab es diesen Bürgerprotest gegen diese Straße – jedenfalls in dieser Form – noch nicht. Die SPD-Fraktion beantragt deshalb eine stadtweite Einwohnerversammlung zu dieser Thematik vorzubereiten und einzuberufen. Da sollte dann ein Vertreter des Landes, die Verwaltung aber auch die Vertreter der Bürgerinitiative ihre Argumente darlegen. Die Einladung zu dieser Versammlung muss so gestaltet sein, dass niemand in unserer Stadt sagen kann, davon hätte er nichts gewusst. Im Anschluss an diese Einwohnerversammlung sind wir dann als Rat gefordert, uns erneut mit dieser Frage zu beschäftigen.

Abschließend möchte ich unsere Anträge zum vorliegenden Haushaltsentwurf, die ich bisher noch nicht benannt habe, konkretisieren:

1. Wir beantragen die Errichtung eines Behindertenparkplatzes an der Poststelle Schneidersmann in Palenberg.
2. In Bahnhofsnähe soll eine Toilettenanlage errichtet werden. Dies soll eine selbstreinigende Münzanlage sein, wie sie in vielen Städten bereits zu finden ist. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten zu ermitteln und dem zuständigen Ausschuss die Ergebnisse vorzustellen. Je nach Ergebnis ist dann zu entscheiden, ob diese Anlage noch in 2009 oder erst im nächsten Jahr errichtet werden kann.
3. Auf einem unserer Friedhöfe wird eine Fläche für Menschen mit moslemischem Glauben eingerichtet. Da in unserer Stadt mittlerweile Menschen mit Migrationshintergrund in der zweiten und dritten Generation leben, ist es ein gutes Stück Integration, ihnen die Möglichkeit zu bieten, ihre Verstorbenen auch hier zu bestatten.
4. Die Stadt Übach-Palenberg führt einen Ehrenamtpass ein. Das Ehrenamt wird immer wichtiger und wir in Übach-Palenberg können stolz darauf sein, dass sich in unserer Stadt so viele Menschen ehrenamtlich betätigen. Für Inhaber dieses Ehrenamtpasses soll es in den städtischen Einrichtungen finanzielle Vergünstigungen geben. Dies gilt beispielsweise für den Eintritt ins Schwimmbad oder den Besuch unserer kulturellen Veranstaltungen. Der Kreis Heinsberg wird gebeten, auch in seinen Einrichtungen Vergünstigungen für die Inhaber dieses Passes einzuräumen. Die Verwaltung wird beauftragt einen entsprechenden Beschluss mit dem dazugehörenden Regelwerk zu erarbeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
der Fraktionsvorsitzende der Geilenkirchener CDU hat eine Haushaltsrede von 45 Minuten Länge gehalten. Ich habe nicht die Absicht, dies zu toppen. Obwohl es in Übach-Palenberg noch das ein oder andere interessante Thema, wie z. B. den demografischen Wandel, die Energiepolitik etc. anzusprechen gäbe, möchte ich zum Schluss kommen.

Am 20. März ist ja bekanntlich Frühlingsanfang. Ich möchte das Ende der Winterzeit dazu nutzen, den Mitarbeitern des Bauhofes für ihren Einsatz bei Wind und Wetter, Tag und Nacht zu danken. Sie, meine Damen und Herren haben dafür gesorgt, dass wir unfallfrei durch den Winter gekommen sind und sie werden jetzt wieder dafür sorgen, dass unsere Stadt ein frühlingshaftes und sauberes Erscheinungsbild bekommt.

Zum vollständigen Glück fehlt jetzt nur noch der Riegel Schokolade aus Übach-Palenberg, aber das ist ja auf gutem Wege.

Die SPD-Fraktion wird mit den von mir eingebrachten Änderungsvorschlägen diesem Haushalt zustimmen. In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine stressfreie Wahlkampfzeit, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Stadtverordneter **Gudduschat** führte aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

erstmalig beraten und verabschieden wir in Übach-Palenberg einen NKF-Haushalt. Diese Abkürzung könnte für „Neues, kompliziertes Finanzsystem“ stehen. So haben wir es jedenfalls in den Vorberatungen empfunden. Wir werden uns aber mit Sicherheit bald auch an dieses moderne System mit seinen 16 Produktbereichen, 42 Produktgruppen und 94 Produkten einarbeiten und gewöhnen.

Der Haushalt 2009 ist geprägt von der schwierigen, weltwirtschaftlichen Lage, die ihre Auswirkungen auch auf die kommunalen Haushalte hat.

Um diese Krise zu bewältigen, haben Europa, der Bund und die Länder m. E. besonnen reagiert und die verschiedensten Programme auf den Weg gebracht.

Eines dieser Programme ist das Konjunkturpaket II, das der Bund und die Länder aufgelegt haben. Aus diesem Programm hat die Stadt Übach-Palenberg 1.812.927 Euro für Maßnahmen der Bildungsinfrastruktur und 995.590 Euro für die kommunale Infrastruktur zur Verfügung gestellt bekommen.

Laut Ansatz im Haushalt 2009 sollen die Mittel für die Bildungsinfrastruktur zur Mitfinanzierung der Neueindeckung und Isolierung der KGS Übach, Erneuerung der Fenster und Brandschutz im Gymnasium und für Wärmerückgewinnungsanlagen der Sporthalle am Gymnasium, Real- und Gesamtschule in Höhe von ca. 3,2 Mill. Euro verwendet werden.

Die Mittel für die Infrastruktur sollen zur Mitfinanzierung des Kreisverkehrs Aachener Str. und des Umbaus Sportplatz Am Bucksberg in Höhe von ca. 1,2 Mill. Euro eingesetzt werden.

Wir halten das für sinnvoll und werden dem so zustimmen, auch wenn man noch viele andere Investitionsmaßnahmen auflisten könnte.

Insgesamt wurden im Haushalt 2009 ca. 8.9 Mill. Euro für Investitionsmaßnahmen eingesetzt. Hierfür werden die Aufnahme von Krediten in Höhe von ca. 3,5 Mill. Euro erforderlich. Dadurch steigt der Kreditstand auf ca. 46,7 Mill. Euro bei einer Nettoverschuldung von ca. 1,9 Mill. Euro.

Dies ist sicherlich schmerzhaft, meine Damen und Herren, aber in Zeiten schwacher Konjunktur müssen auch die Kommunen ihren Beitrag zur Ankurbelung der Wirtschaft leisten.

Laut Entwurf der Haushaltssatzung muss zum Ausgleich des Ergebnisplans die Ausgleichsrücklage von ca. 10.2 Mill. Euro um ca. 3,8 Mill. Euro verringert werden. Nur so kann der gesetzlich vorgeschriebene Haushaltsausgleich erreicht werden.

Wir, die CDU-Fraktion, haben deshalb unseren Wunschkatalog zusammengestrichen und schlagen ihnen, wie schon im Hauptausschuss angekündigt, folgende Änderun-

gen vor:

Reduzierung des Ansatzes 01050101 Rück-/Neubau Obdächer Heinsberger Str. im Haushalt 2009 um 120.000 Euro auf 180.000 Euro
Erhöhung der VE 2009 und Haushalt 2010 um 120.000 Euro auf 400.000 Euro.

Die dadurch freigewordenen Mittel in Höhe von 120.000 Euro sind für folgende Maßnahmen im Haushalt 2009 einzusetzen:

Gestaltung der Fläche am Ende d. Franz-von-Sales-Str./Im Winkel	75.000 Euro
Grillhütte im Wurmatal	25.000 Euro
Befestigung der sog. „Peterstr.“ in Zweibrüggen mit einfachen Mitteln	20.000 Euro

Die Mittel für die Öffnung der Aachener Str. mit Einrichtung eines Kreisverkehrs in Höhe von 300.000 Euro sollen im Haushalt 2009 weiterhin im Ansatz bleiben.

Wir, die CDU-Fraktion, halten die Öffnung der Aachener Str. für dringend erforderlich, um das Geschäftszentrum Palenberg zu beleben.

Wir brauchen dazu keine neuen Untersuchungen, wie die SPD sie fordert.

Die von der Aktionsgemeinschaft durchgeführte Unterschriftensammlung für die Öffnung, mit über 2000 Unterschriften, spricht eine deutliche Sprache.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, springen Sie über Ihren Schatten, stimmen sie zu, auch wenn sie in der Vergangenheit immer nein gesagt haben.

Die Investitionssumme in Höhe von ca. 8,9 Mill. Euro für 2009 bleibt damit unverändert.

Die Finanzierung der Grillhütte im Wurmatal könnte auch aus eventuell vorhandenen Restmitteln der Förderung für die Euregionale 2008 erfolgen.

Junge Union und CDU haben Gespräche mit führenden Vertretern von T-Mobile geführt, um eine Verbesserung der Breitbandversorgung in Übach-Palenberg zu erreichen.

Inzwischen wurde uns von T-Mobile ein konkretes Angebot für die Stadtteile Boscsheln, Zweibrüggen und Windhausen vorgestellt.

T-Mobile würde die Modernisierung des Telefonnetzes mit zukunftssicherer Glasfasertechnik in diesen Stadtteilen in Angriff nehmen, wenn auf dem Verhandlungswege mit der Stadt eine Lösung zur Schließung einer Investitionslücke in Höhe von 73.000 Euro erreicht wird.

Die Verhandlung mit T-Mobile sollten unverzüglich erfolgen. Eine entsprechende Anregung der Jungen Union wurde bereits an den BM gesandt. Über die eventuelle Bereitstellung von Mitteln müsste der Rat dann später entscheiden

Sehr geehrter Herr Weißborn,
im Hauptausschuss haben Sie für die SPD-Fraktion einige Änderungsvorschläge eingebracht.

Leider haben Sie keine Angaben zu den Kosten und der Finanzierung gemacht.

Die zusätzliche Aufsattelung von 300.000 Euro über einen Zeitraum von 5 Jahren, also insgesamt 1,5 Mill. Euro, für die Renovierung der Schulen halten wir nur dann für durchführbar, wenn diese Summe nicht der Ausgleichsrücklage entnommen wer-

den muss.

Nach unseren Erkenntnissen müsste hierzu eine Rückstellung für unterbliebene Instandhaltung an den Schulen gebildet werden, die durch eine konkrete Auflistung aller Maßnahmen belegt werden müsste.

Wenn der Kämmerer uns hier und heute bestätigt, dass dies so möglich ist, könnten wir dem so zustimmen

Wenn man die investiven Maßnahmen für die Schulen und Turnhallen addiert, kommt man für 2009 auf die stolze Summe von ca. 2,8 Mill. Euro und für 2010 auf ca. 2,3 Mill. Euro. Da noch etwas zuzulegen, muss also sorgfältig überlegt werden.

Zu den anderen, von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen, ist folgendes zu sagen:

Der Beleuchtung der Basketballanlage, dem behindertengerechten Umbau der Eingangstür des Schwimmbades und der Einrichtung eines Behindertenparkplatzes an der Poststelle in Palenberg können wir zustimmen, da dies mit überschaubaren Kosten verbunden ist.

Der Schaffung einer Fläche zur Bestattung von Menschen mit islamischen Glauben stimmen wir mit der Maßgabe zu, dass die Bestattungen entsprechend unserer zurzeit gültigen Friedhofsatzung vorgenommen werden.

Die Einrichtung einer selbst reinigenden, behindertengerechten Toilettenanlage am Bahnhof wird u. E. schon einiges kosten.

Wenn Sie unseren Änderungsvorschlägen zustimmen, hier vor allem die Öffnung der Aachener Str. mit Einrichtung des Kreisverkehrs, könnten wir uns sicherlich über diese Vorschläge einig werden.

Sehr geehrte Frau Weinhold,
die von der UWG-Fraktion vorgeschlagene Kürzung der Investitionen in Höhe von 10 %, das wären knapp 900.000 Euro, können wir nicht mittragen.

Es kann nicht sein, dass wir ca. 2,8 Mill. aus dem Konjunkturpaket II bekommen und dann unsere eigenen Investitionen reduzieren. Das könnte keiner verstehen.

Sehr geehrter Herr Reißmayer,
Ihr Fraktionskollege Utecht hat im Hauptausschuss die Streichung der Mittel für die Video-Überwachung an Schulen als Änderungsvorschlag eingebracht. Im Zuge der zunehmenden Zerstörungen durch Vandalismus an den Schulen, halten wir die Einrichtung dieser Video-Überwachungsanlagen für erforderlich.
Da diese Anlagen nur außerhalb des Unterrichts eingeschaltet werden dürfen, sind die Persönlichkeitsrechte der Lehrer, Schüler, Eltern und andere Personen weiterhin gewährt.

Den Haushaltsansatz in Höhe von 680.000 Euro, zum Neubau des FWGH in Scherpenseel, haben wir, die CDU-Fraktion zum Anlass genommen, uns nochmals intensiv mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen.

Nach Beratung und Gesprächen mit der Feuerwehr, haben wir uns dafür entschieden, dass der Neubau des FWGH in Scherpenseel mit dem Standort neben der Turnhalle, die richtige und auch die von der Feuerwehr gewünschte Entscheidung ist.

Ein den Erfordernissen der Feuerwehr entsprechend großes Grundstück sollte erworben werden.

Das auch im Gespräch befindliche Miet-Modell ist damit für uns vom Tisch.

Ein entsprechender Antrag der CDU-Fraktion liegt dem BM bereits vor. Darüber kann dann in der nächsten Ratssitzung beraten und entschieden werden.

Wir denken, dass die Feuerwehr in Scherpenseel und der Bewerber für das Miet-Modell ein Anrecht auf baldige Entscheidung in dieser Angelegenheit haben.

Das Jahr 2009 bringt auch einen Wandel in diesem Hause.

Ein neuer Rat und ein neuer Bürgermeister werden gewählt.

Sie, Herr Bürgermeister Schmitz-Kröll, bringen heute Ihren letzten Haushalt, nach langer Dienstzeit, zur Verabschiedung ein.

Wir, die CDU-Fraktion, möchten dies zum Anlass nehmen, Ihnen schon heute für die langjährige Arbeit zu danken und Ihnen vor allem Gesundheit wünschen.

Dank gilt auch Ihren Mitarbeitern für die Aufstellung des Haushaltes 2009 und für die Aufklärungsarbeit in Richtung neues Finanzsystem.

Zum Schluss möchte ich noch einige positive Ereignisse für das Jahr 2009 ansprechen und hervorheben.

1. Der Spatenstich für den Bau der Schokoladenfabrik ist erfolgt
2. Die Fertigstellung der Klangbrücke steht bevor
3. Die Einweihung des Freibades kann vsl. im Mai 2009 erfolgen
4. Die Feuerwehr in Boschelen freut sich mit uns über die Fertigstellung des FWGH
5. Der Umbau des Bahnhofes ist im vollen Gange
6. Der Schandfleck des ehem. „Hotel Ernst“ ist bald beseitigt

Es gibt also keinen Stillstand in unserer Stadt.

Wir, die CDU-Fraktion, werden dem Haushalt 2009 zustimmen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.“

Stadtverordnete **Weinhold** führte aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr verehrte Ratskolleginnen, sehr geehrte Ratskollegen, liebe Vertreter der Presse, meine Damen und Herren,

2009 ist ein Jahr, in dem die Wirtschaft weiter schrumpfen wird, der Euro schwächelt und die Arbeitslosigkeit kontinuierlich steigen wird.

2009 ist ein Jahr, für welches Fachleute die schlimmste Rezession seit Kriegsende voraussagen.

2009 ist ein Jahr, in dem sich auch die Übach-Palenberger Bürgerinnen und Bürger fragen:

Wie konnte es so weit kommen, wie geht es für uns weiter und wer ist für das uns alle betreffende Desaster verantwortlich?

Komplexe Gründe erschweren die Antwort.

Die Auswirkung des finanzpolitischen Erdbebens ist bis Übach-Palenberg zu spüren, denkt man an prognostizierte 3,5 Millionen Gewerbesteuermindereinnahmen für 2009 gegenüber dem Vorjahr.

Was bedeutet dieses gesamtwirtschaftliche Horrorszenario für den Haushalt der Stadt Übach-Palenberg? Glaubt man meinen Vorrednern lautet die Antwort: Geld ausgeben! Wir als UWG sehen dies –auch in einem Kommunalwahljahr- anders.

Nun zu unserer Kritik.

Mit Wirkung vom 01.01.2005 ist das Gesetz für ein Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF) für Gemeinden im Land NRW in Kraft getreten. Spätestens ab dem 1. Januar diesen Jahres sind alle Kommunen in NRW verpflichtet, nach dem System der doppelten kaufmännischen Buchführung in der Finanzbuchhaltung zu arbeiten und eine Eröffnungsbilanz aufzustellen.

Die UWG kritisiert an dieser Stelle:

Nach vier Jahren Vorbereitungszeit liegen weder eine vorläufige Eröffnungsbilanz noch eine Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals vor. Sowohl der Haushaltsentwurf als auch die Haushaltssatzung beinhalten also ein Zahlenwerk, das nicht nur geschätzte Jahreswerte beinhaltet, sondern auch von geschätzten Basiswerten ausgeht.

Vermutlich werden die ausgewiesenen Fehlbeträge noch ansteigen, so wurden z. B. beim ursprünglichen Haushaltsentwurf noch 360 000.00 € für Pensionsrückstellungen glatt vergessen. Steigende Energiekosten sowie der Anstieg von Personalkosten aufgrund der letzten Tarifabschlüsse werden in diesem Jahr noch für manche finanzielle Überraschung sorgen.

Auf den ersten Blick erscheint die ermittelte Ausgleichsrücklage in Höhe von ca. 10,2 Millionen ein ausreichendes Polster zu sein. Betrachtet man aber den korrigierten Haushaltsentwurf mit einem Fehlbetrag von ca. 4,2 Millionen € für 2009 und ähnlichen Beträgen für die kommenden Jahre, so erkennt man auch ohne Taschenrechner leicht, dass diese Ausgleichsrücklage schnell aufgezehrt sein wird.

Spätestens in 2011 ist die Ausgleichsrücklage bereits verbraucht. Spätestens in 2012 müssen wir an die allgemeine Rücklage und spätestens in 2013 sind wir gesetzlich verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Meine Damen und Herren,

Wahljahr hin oder her!

Wir haben keine Zeit zu verlieren!

Wir müssen sofort gegensteuern!

Im vergangenen Jahr wurde bei den Gewerbesteuererträgen ein einmaliger Rekordwert von 14 Millionen € erzielt. Glauben Sie, die Stadt Übach-Palenberg hätte davon auch nur 1 € zur außerplanmäßigen Schuldenreduzierung verwandt und damit wenigstens etwas von diesem Geld für unsere Kinder gerettet? Wohl kaum! Stattdessen schmiss man das Geld mit vollen Händen aus dem Fenster für Prestigeobjekte wie Bronzeschildkröten, Wasserturmbeleuchtungen und Klangbrücken.

Die Missfallensbekundungen vieler Übach-Palenerger für diese Steuerverschwendungen wurden geflissentlich überhört.

Bekanntlich belasten auch die Hallen- und Freibadsanierungen unseren Haushalt nachhaltig.

Zur Erinnerung – die Hallenbadsanierung in 2006 hatte ein Volumen von 4.5 Millionen €. Alleine im letzten Jahr wurde das Hallenbad monatlich mit 100 000.-- € bezu-

schusst! Die Freibadsanierung wird sich voraussichtlich auf 2.3 Millionen € belaufen. Leider sahen weder CDU noch SPD die Notwendigkeit, dem Antrag der UWG auf Deckelung der Umbaukosten bei 1.5 Millionen, zu folgen. Bei diesem Objekt ist die monatliche Belastung noch unkalkulierbarer. Es bleibt abzuwarten, in wieweit sich die 5000 Unterschriftsforderer für das Freibad bei der geplanten Förderung durch einen Förderverein einsetzen werden.

Die Ausführungen machen deutlich, dass für die Zukunft ein rigoroser Sparkurs unerlässlich ist.

Deshalb fordert die UWG - auch im Kommunalwahljahr- die vorgesehenen investiven Maßnahmen für 2009 bzw. 2010 um 10 % zu verringern und damit die Belastungen für kommende Haushalte entsprechend zu vermindern.

Hierzu sind der Bau des Feuerwehrgerätehauses in Scherpenseel und die Einführung des automatisierten Ausleihverfahrens in der Bücherei zu verschieben.

Bei etwa 100 Einsätzen der Feuerwehrleute aus Scherpenseel in einem Jahr- davon ca. 80 % der Einsätze in den benachbarten Niederlanden- stellt sich der UWG die Frage, warum beteiligt man unsere Nachbarn nicht finanziell an dem Bau? Wie sie alle wissen, mussten wir unseren Nachbarn auch gehörig auf die Füße treten, bis sie bereit waren, sich an den Kosten für die Einsätze unserer Feuerwehrleute zu beteiligen.

Der Saunaumbau ist ebenfalls zurückzustellen. Die Freibadsanierung steht kurz vor dem Abschluss und schon denkt man über erneute Umbaumaßnahmen nach!

Beim Ausbau von Spielplätzen schlagen wir in diesem Jahr Einsparungen von 50 T € vor.

Es wurde im letzten Jahr ein Mehrgenerationsspielplatz im Naherholungsgebiet errichtet, das Freibad in diesem Jahr fertig gestellt und Gelder für ein Spielmobil und eine Graffitiwand bereitgestellt.

Weitere Sparmöglichkeiten sieht die UWG darin, den Ausbau des Waubacher Weges zu verschieben.

Kürzungen sind nach unserer Meinung auch beim Rückbau von Obdächern möglich, allerdings soll das eingesparte Geld dann nicht anderweitig ausgegeben werden.

Zusagen, durch Kredite finanziert, sind eine Abzockerei der nächsten Generation. Jedes Maß von Kosten zum Nutzen fehlt. Die Ausgabendisziplin ist verloren gegangen!

Zum Schluss möchte ich Sie alle, verehrte Kolleginnen und Kollegen, noch einmal daran erinnern, dass jeder ausgegebene Euro letztendlich von unseren Kindern und Kindeskindern durch Steuern und Abgaben refinanziert werden muss.

Bis heute wurde ein Schuldenberg von 47 Millionen Euro angehäuft, der durch vernünftige Sparsamkeit nicht so immens angestiegen wäre!

Sollten die Vorschläge der UWG – nicht unbedingt populär – von Ihnen abgelehnt werden, werden wir dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Stadtverordneter **Rißmayer** führte aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2009 steht zweifellos im Zeichen des Wahlkampfs und somit werden wichtige aber zeitweise auch sehr unpopulären Maßnahmen wie Haushaltskonsolidierung und Einsparungen in den Hintergrund gedrängt. So werden Begriffe wie Nettoneuverschuldung = null schnell zur Seite gelegt und die Begehrlichkeiten werden versucht zu befriedigen. In diesem Jahr wird diese Strategie nun „begünstigt“ durch eine massive Rezession und dem weltweit vernehmbaren Ruf nach staatlicher Unterstützung. Die Diskussion, ob es richtig ist Milliarden aus Steuermitteln zu nehmen, um die verfehlte Politik und die Gier von Banken und Finanzjongleuren zu stützen – oder die verfehlte Planung von Automobilherstellern zu untermauern, muss an anderer Stelle geführt werden.

Allerdings sind auch wir Grüne der Meinung, dass neben den Mitteln aus dem Konjunkturpaket auch die Stadt nun Geld für investive Maßnahmen in die Hand nehmen sollte, um die kleineren Betriebe der Region zu unterstützen. Dies bedeutet konkret, dass wir in diesem Jahr einem Haushalt mit Neuverschuldung zustimmen werden. Allerdings ist es unsere Aufgabe dieses Geld sinnvoll so einzusetzen, um laufende Kosten vor allem im Bereich der Energieversorgung einzusparen. Deswegen begrüßen wir ausdrücklich die geplanten Ausgaben zur energetischen Sanierung vor allem in den Schulen. Im Grundsatz an dieser Stelle auch mein Dank an die Verwaltung, die - mit einigen Ausnahmen – diesen Aspekt von Nachhaltigkeit auch im vorgelegten Haushaltsentwurf erkennen lässt.

Bevor ich nun auf einzelne Aspekte im vorgelegten Haushalt eingehe, lassen sie mich an dieser Stelle auch ein Wort des Dankes an Herrn Bürgermeister Schmitz-Kröll richten. Auch wenn die letzten Monate sicherlich nicht einfach waren und wir an einigen Stellen Differenzen hatten, so möchte ich mich doch für die vertrauensvolle Arbeit in meiner nun fast zehnjährigen Amtszeit bedanken – in den ganzen Jahren sind sie bei Haushaltsberatungen immer persönlich beratend dabei gewesen und haben mich und uns Grüne unterstützt – dafür mein persönliches Danke.

Nun zu einigen Aspekten im Haushaltsjahr 2009.

Vorweg wieder einmal einige Anmerkungen zu Einflussfaktoren, die nicht in unserer Hand liegen. Ich halte die zweite Modellrechnung des Landes NRW für sehr gewagt. Während wir von sinkenden Gewerbesteuererinnahmen ausgehen (und hier vielleicht immer noch zu optimistisch sind) werden Einkommensteuerverluste nicht berechnet - obwohl mittlerweile viele Prognosen von einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen ausgehen. Ich kann nur hoffen, dass wir nicht am Ende des Jahres feststellen, dass dieser Haushalt auf tönernen Füßen steht und wir deutlich Einnahmeverluste bei allen Steuerzuweisungen hinnehmen müssen.

Auch die Mehrkosten, die durch die Kreisumlage unseren Haushalt belasten, gehören erneut auf den Prüfstand. In dieser Legislaturperiode eine Kostensteigerung von 40% bei der allgemeinen Umlage und 35% beim Jugendamt. Die Inflation in Übach-Palenberg hat einen Namen: Kreisumlage - über 4 Millionen Euro Mehrkosten in einer Legislaturperiode. Besonders beim Jugendamt bedarf es der weiteren Diskussion, was wir denn für 4,5 Millionen Euro einkaufen. Jugendzentrum, Streetworker,

Graffitiwände, Jugendforum - alles schon in Eigenregie.

Es ist schon sehr ärgerlich, wenn eigene Bemühungen im Sande verlaufen, weil wir diese Faktoren kaum beeinflussen können.

Aber zurück zur Situation vor Ort. Richtig und wichtig sind aus unserer Sicht unter anderem vor allem -wie schon erwähnt- die energetischen Sanierungen. Neue Fenster, neue Heizungstechnik, Wärmerückgewinnung, neue isolierte Dächer und mehr werden die kommenden Jahre zu Entlastungen führen. Ebenfalls findet die Neugestaltung des Sportplatzes unsere Zustimmung, weil wir hier wirklich Bedarf erkennen und der Sport in Übach-Palenberg schon immer einen hohen Stellenwert hatte und dies auch beibehalten werden soll. Auch für unsere Schulen entsteht so eine adäquate Sportstätte. Wichtig ist auch, dass im Bereich Umweltschutz die alte Haushaltsposition „Ökogroschen“ erhalten bleibt, auch wenn diese Gelder nicht mehr refinanziert sind.

Nun aber unser wichtigster Kritikpunkt – die Videoüberwachung. Wir werden nach unserer Auffassung hier über 100.000 € äußerst fragwürdig ausgeben. Neben den datenschutzrechtlichen Bedenken, ist es interessant sich die massiven Einschränkungen in der Dokumentation des Landes NRW „Videoüberwachung an Schulen“ durchzulesen. Selbst wenn nach einer solchen Prüfung und den gesetzlich vorgeschriebenen vorgezogenen Maßnahmen es zu einer massiven Überwachung kommt und so dieser Bereich geschützt werden kann, so wird in keinsten Weise das Problem an sich unterbunden, sondern höchstens verlagert. Sinnvoller ist aus unserer Sicht dieses Geld in Prävention statt Überwachung zu investieren. Mit Initiativen wie Graffitiwand und Aufwertung von alternativen Treffpunkten von Jugendlichen - hierzu zählt für uns auch der „Beleuchtungsantrag am Basketballplatz“ der SPD - ist aus unserer Sicht mehr zu erreichen. Besonders interessant scheint auch das Projekt der evangelischen Kirche zu sein - in solche Projekte zu investieren erscheint uns sinniger als eine Problemverlagerung von Schule A nach Schule B und dann an irgendeinen anderen Ort.

Weiterhin sind wir immer noch der Auffassung, dass die Entsorgungsart und die hohen Entsorgungskosten für den Biomüll unzumutbar sind und nicht den Anforderungen des § 4 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz entsprechen. Erneut möchte ich hier Handlungsbedarf anmahnen und die Stadt beauftragen zu prüfen inwieweit die Stadt in Eigenregie hier Kosten für die Bürger einsparen kann (Stichwort: Trockenfermentation).

Die Ausbaupläne für „Im Winkel“ und „Peterstr.“ wollen wir erst entscheiden, wenn wir wissen, wie hoch die Anliegerbeiträge sind. Die Haushaltsposition für den Rück- und Neubau der Heinsberger Str. sollte nach unserer Auffassung bestehen bleiben, denn erst nach Rück- und Neubau, kann die Fläche neu genutzt werden, so dass hier ja auch wieder eine annehmbare Nutzung möglich ist und der Schandfleck und die unzumutbaren Zustände verschwinden. Es werden auf jeden Fall keine Mittel durch eine von der CDU beantragte Verschiebung frei, da es sich um eine notwendige Maßnahme handelt und wir so lediglich eine unvermeidbare Verbindlichkeit schaffen.

Ein Ausbau des Waubacher Weges erscheint uns weniger sinnvoll als z.B. die Vermeidung von anderen Gefahrenquellen für Fahrradfahrer z.B. in Palenberg. Zur Umfahrung des Marienberger Berges gibt es andere Alternativen, die nur unwesentlich

mehr Fahrstrecke bedeuten.

Wir Grüne halten die Initiative „Ehrenamtspass“ der SPD für ein richtiges Signal zur Stärkung des Ehrenamtes. Allerdings gibt es bereits seit 10 Jahren eine bundesweit gültige Karte für Ehrenamtliche in der Jugendarbeit. Während es hier in anderen Kommunen (z.B. Herzogenrath) schon Anerkennungsermächtigungen gibt, fehlt dies im Kreis Heinsberg und in der Stadt völlig - wir sollten also in diesem Bereich nacharbeiten, bevor wir etwas Neues einführen.

Viele dieser angesprochenen Aspekte müssen im Einzelnen noch einmal besprochen werden - allerdings sind diese Anregungen kein Grund der Haushaltssatzung im Grunde nicht zuzustimmen, sondern wir hoffen gemeinsam mit allen Ratsvertretern das durchaus schwierige Jahr 2009 mit Augenmaß gestalten zu können.“

Stadtverordneter **Offermanns** erklärte, dass von Seiten des Bundesschiedsgerichtes der FDP in Berlin festgestellt worden sei, dass die seinerzeitigen Wahlen zum Vorstand und Vorsitz des FDP-Ortsverbandes Übach-Palenberg nicht rechtswirksam zustande gekommen seien. Er betonte, dass er demnach weiterhin der Vorsitzende des FDP-Stadtverbandes Übach-Palenberg sei.

Zum Haushaltsentwurf 2009 wolle er in der heutigen Sitzung keine Ausführungen machen. Dies werde er in den kommenden Tagen über die Presse tun.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass dies für ihn überhaupt keinen Sinn mache. Er verwies darauf, dass in der heutigen Sitzung die Entscheidung über den Haushalt getroffen werde. Sofern der Stadtverordnete Offermanns hierzu etwas beitragen wolle oder Änderungsvorschläge habe, könnten sie einzig alleine in diesem Gremium behandelt werden.

Bürgermeister Schmitz-Kröll zeigte sich sehr verwundert über das Vorgehen des Stadtverordneten Offermanns und erklärte, dass ihm dies in seiner 21-jährigen Amtszeit als Verwaltungschef und stellvertretender Verwaltungschef bisher noch nicht untergekommen sei. Er verwies auch darauf, dass der Rat als zuständiges Gremium den Haushalt beraten und beschließen müsse. Dies müsse auch dem Stadtverordneten Offermanns bekannt sein.

Auf Nachfrage von **Bürgermeister Schmitz-Kröll** erklärte Stadtverordneter **Offermanns**, dass er jedoch dem Haushaltsentwurf in der heutigen Sitzung zustimmen werde.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass die CDU-Fraktion für die nächste Sitzung des Rates eine Entscheidung in Sachen Feuerwehrgerätehaus beantragen wolle. Die im Haushalt bereitgestellten Mittel sollten gemäß des Ratsbeschlusses vom 09.09.2008 zum Bau in Eigenregie verwendet werden.

Stadtverordneter **Weißborn** verwies darauf, dass mit der noch nicht geklärten Standortfrage auch die Ausführung noch nicht geklärt worden sei. Demnach stehe weiterhin offen, ob das Feuerwehrgerätehaus in Eigenregie oder mit einer Mietoption errichtet würde. Diese Frage könne in der kommenden Sitzung des Rates mit dem angekündigten Antrag der CDU-Fraktion beraten werden.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte ebenso, in Erinnerung zu haben, dass die

Grundsatzfrage eigentlich geklärt und entschieden sei und eine Realisierung in Eigenregie favorisiert werde. Insbesondere durch die umfangreichen Gutachten und Wirtschaftlichkeitsberechnungen sollte hierüber ausreichend Klarheit geschaffen worden sein. Lediglich die Standortfrage bedürfe noch einer Klärung.

Stadtverordneter **Rißmayer** widersprach ebenfalls der Auffassung, dass mit dem Beschluss schon eine Entscheidung über die Ausführung des Feuerwehrgerätehauses getroffen worden sei. Er habe ebenfalls in Erinnerung, dass diese Angelegenheit noch der Klärung bedürfe.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte in Bezug auf die Darstellung zur Beschädigung der Heizungsanlage im Carolus-Magnus-Gymnasium und den entsprechenden Ausführungen in der Ratssitzung, dass er durchaus Verständnis dafür aufbringe, dass der Stadtverordnete Weißborn seine Ausführungen in der Ratssitzung als nicht gegen die Schüler gerichtet verstanden wissen wolle. Jedoch die Angelegenheit so darzustellen, dass er als Bürgermeister sich gegen die Schüler des Gymnasiums ausgesprochen habe, verdrehe die Tatsachen.

Er erinnerte daran, dass es bei mutwilligen Beschädigungen an den Schulen auch das gute Recht des Bürgermeisters sein müsse, hierauf in öffentlicher Sitzung hinzuweisen. Im vorliegenden Fall halte er es für nicht nachvollziehbar, dass ihm Unbesonnenheit und Vorverurteilung unterstellt würden. Aufgrund des ihm vorgelegten schriftlichen Gutachtens habe er unzweifelhaft annehmen müssen, dass es sich um erhebliche und mutwillige Beschädigungen handle. Dass er jetzt auch noch Fachgutachten und Stellungnahmen von Fachleuten überprüfen und in Zweifel ziehen solle, könne doch nicht ernsthaft von ihm verlangt werden.

Zu Vandalismus an den Schulen erklärte er, dass die Stadt in der Vergangenheit oft die Schadensbehebung bezahlt habe, ohne, dass dies entsprechend thematisiert wurde. Ihm liege es fern, dass ein genereller Verdacht gegenüber Schülern ausgesprochen werde und sich diese generell gemaßregelt fühlten.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass es nicht darum gegangen sei, dass der Bürgermeister über ein schriftliches Gutachten berichtet habe. Für den Inhalt, der offensichtlich so nicht den Tatsachen entsprochen habe, könne er nichts. Er halte es jedoch für bedenklich, dass der Inhalt ohne weitere Prüfung in die Öffentlichkeit gegeben worden sei. Für ihn sei nachvollziehbar, dass sich die Schüler durchaus hier diskreditiert fühlten und er denke, dass eine solche Situation auch zu Politikverdrossenheit führen könne. Eine Rückfrage bei der entsprechenden Schule hätte wahrscheinlich schon für die nötige Klarheit gesorgt.

Zum Thema Kreisverkehr an der Aachener Straße erklärte er, dass die SPD-Fraktion dem Haushaltsansatz nicht zustimmen werde. Bei Verweis auf die 2200 Unterschriften als absoluten Bürgerwillen, erklärte er, dass dies lediglich als Meinungsäußerung zu werten sei, die jedoch auch einer entsprechenden Begründung bedürfe. Daran hapere es jedoch im vorliegenden Fall. Eine Unterstützung dieser kostspieligen Maßnahme halte er deshalb für unverantwortlich. Auch die Begründung des Stadtverordneten Gudduschat, dass nur mit den Geldern des Konjunkturpaktes die Realisierung des Kreisverkehrs Sinn mache, spreche dafür, dass an der generellen Sinnhaftigkeit offensichtlich erhebliche Zweifel bestünden.

Zu der allgemeinen Kritik an den Projekten der EuRegionale wies er darauf hin, dass diese mit 80 % gefördert würden. In der Argumentation lediglich auf die Bruttozahlen zu verweisen, sei irreführend und werde der erheblichen finanziellen Unterstützung durch Landesmittel nicht gerecht. In diesem Zusammenhang verwies er auch auf das

Beispiel des Wasserturms. Seinerzeit habe es erhebliche Widerstände gegeben, dieses Überbleibsel der Übach-Palenberger Industriegeschichte Instand zu setzen und zu erhalten. Heute sei es ein allenthalben akzeptiertes Identifikationsmerkmal für unsere Stadt. Auch das Nein der UWG zum Feuerwehrgerätehaus in Scherpenseel könne er nicht verstehen. Einfach jetzt Nein zu sagen, sei zu pauschal und undifferenziert und werde den Notwendigkeiten vor Ort nicht gerecht. Auch das Nein zu den 10.000 Euro für die Untersuchung der städtischen Saunaanlage sei nicht nachzuvollziehen. Gerade eine Untersuchung sei doch notwendig, um herauszufinden, warum die Anlage rote Zahlen schreibe, obwohl eigentlich hierfür nach landläufiger Erfahrung durchaus Gewinne zu erwarten seien.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass sich die UWG-Fraktion generell gegen eine bauliche Veränderung der Sauna zum jetzigen Zeitpunkt ausspreche. Insofern sei auch das Nein zu einem entsprechenden Gutachten zu verstehen. Sie hege generelle Zweifel an der Vielzahl von Gutachten, die immer gefordert würden, aber im Nachhinein doch verworfen würden. Auch das kategorische Nein zum Umbau des Kreisverkehrs an der Aachener Straße sei für sie nicht nachvollziehbar.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass er die pauschale Kritik am Landrat nicht nachvollziehen könne. Insbesondere eine Kostensteigerung von 40 % bei der allgemeinen Kreisumlage anzuprangern und dies mit Inflation gleichzusetzen, erachte er als unfair. Man müsste sehen, dass der Kreis Heinsberg auch durch die Finanzierung des Landschaftsverbandes externe Kosten mitzutragen habe. Auch kommen verschiedene Investitionen den einzelnen Kreiskommunen wieder zugute.

Bürgermeister Schmitz-Kröll ließ daraufhin über die einzelnen Anträge zum Haushalt vorab abstimmen.

Begleitbeschlüsse zum Haushalt:

a) Antrag der SPD-Fraktion

Kämmerer **Schmitz** erklärte auf Nachfrage des Stadtverordneten **Weißborn**, dass die 300.000 Euro gleichzeitig als Rückstellung gebucht würden, so dass die Ausgleichsrücklage nicht in Anspruch genommen werden müsse. Sie dürften nicht aus Krediten finanziert werden, da es sich nicht um Investitionen handele.

Beschluss:

Für Instandsetzungen in Schulen werden zusätzlich 300.000 € jährlich im Zeitraum von 2009 bis 2013 zur Verfügung gestellt. Zu diesem Zwecke sind vom Fachamt in enger Abstimmung mit den Schulen alle erforderlichen bzw. bis dato unterlassenen Instandsetzungsmaßnahmen je Schule zu erfassen, zu beschreiben und zu bewerten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 5 Enthaltungen

b) Antrag der UWG-Fraktion

Beschluss:

Die Ansätze für investive Maßnahmen für das Haushaltsjahr 2009 bzw. 2010 werden um pauschal 10 % gekürzt.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
27 Nein-Stimmen

c) Antrag der SPD-Fraktion

Beschluss:

Die im Entwurf des Haushalts 2009 vorgesehenen Mittel für den Ausbau der Aachener Straße in Höhe von 300.000 € werden gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

17 Ja-Stimmen
15 Nein-Stimmen

d) Vorschlag der Verwaltung vom 03.03.2009

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er die Klärung zur Frage der Erhebung von Anliegerbeiträgen zur Umgestaltung des Platzes Im Winkel noch nicht abgeschlossen habe.

Stadtverordneter **Weißborn** führte aus, dass die Zustimmung der SPD zu diesem Beschluss unter der Bedingung falle, dass die Anwohner über die auf sie zukommenden Kosten im Vorfeld umfassend informiert würden.

Beschluss:

Für die Maßnahme „Um- und Ausbau des Platzes ‚Im Winkel‘“ werden 75.000 € in den Haushalt 2009 eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

e) Antrag der UWG-Fraktion

Beschluss:

Bei der Haushaltsposition „Umgestaltung Obdächer Heinsberger Straße“ werden die Mittel in Höhe von 120.000 € ersatzlos gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
27 Nein-Stimmen

f) **Antrag der CDU-Fraktion**

Beschluss:

Bei Position 01050101 zur Umgestaltung der Obdächer Heinsberger Straße wird der Ansatz wie folgt geändert:

Haushalt 2009: 300.000 € - 120.000 € = 180.000 €

VE 2009: 280.000 € + 120.000 € = 400.000 €

Haushalt 2010: 280.000 € + 120.000 € = 400.000 €

Die dadurch freigewordenen Mittel in Höhe von 120.000 € werden für folgende Maßnahmen im Haushalt 2009 eingesetzt:

- Gestaltung d. Fläche am Ende d. Franz-von-Sales-Str.
/Im Winkel 75.000 €
- Grillhütte Wurmtal 25.000 €
- Befestigung der sogenannten „Peterstraße“ in Zweibrüggen
mit einfachen Mitteln 20.000 €

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
21 Nein-Stimmen

g) **Antrag der CDU-Fraktion**

Stadtverordneter **Weißborn** verwies darauf, dass auch für diesen Punkt gelte, dass im Vorfeld geprüft werden müsse, ob Anliegerbeiträge von den Anwohnern zu zahlen seien und hierüber die Anwohner auch entsprechend zu informieren.

Beschluss:

Durch die freigewordenen Mittel für den Umbau der Aachener Straße wird im Haushalt 2009 für die Befestigung der sogenannten „Peterstraße“ in Zweibrüggen mit einfachen Mitteln ein Betrag in Höhe von 20.000 € eingesetzt.

Abstimmungsergebnis:

27 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen

h) **Antrag der CDU-Fraktion**

Beschluss:

Durch die freigewordenen Mittel für den Umbau der Aachener Straße wird

im Haushalt 2009 für die Errichtung einer Grillhütte im Wurmatal ein Betrag in Höhe von 25.000 € eingesetzt.

Abstimmungsergebnis:

27 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen

i) **Antrag der SPD-Fraktion**

Beschluss:

Im Rahmen des Haushaltsansatzes für die Beleuchtung der Wege im Naherholungsgebiet wird auf der Basketballanlage eine Beleuchtungsanlage errichtet.

Abstimmungsergebnis:

27 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen

j) **Antrag der SPD-Fraktion**

Bürgermeister Schmitz-Kröll hinterfragte, ob er die Redebeiträge richtig so verstanden habe, dass das Projekt „Sportplatz Bucksberg“ die I. Priorität im „Programm“ des Konjunkturpaketes II habe und die von der SPD beantragten Maßnahmen „Eingang Schwimmbad“ und „Toilette Bahnhof“ sodann die II. bzw. III. Priorität erhalten.

Dies wurde von den Ratsmitgliedern so bestätigt.

Beschluss:

Der Eingangsbereich des Schwimmbadgebäudes wird behindertengerecht umgebaut. Die Verwaltung wird beauftragt eine Kostenermittlung durchzuführen und dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung vorzustellen. Für die Verwendung der Mittel der kommunalen Infrastrukturmaßnahmen des Konjunkturpaketes II wird diese Maßnahme in II. Priorität festgesetzt.

Die Maßnahme „Um- und Ausbau des Sportplatzes ‚Am Bucksberg‘ in Höhe von 950.000 € soll als I. Priorität im Rahmen der kommunalen Infrastrukturmaßnahmen des Konjunkturpaketes II realisiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

k) **Antrag der SPD-Fraktion**

Stadtverordnete **Weinhold** fragte an, ob u.U. eine Beteiligung der Bahn AG an den Kosten zum Bau der Toilettenanlage zu erwarten sei. Durch Wegfall des

Bahnhofgebäudes hätte sich die Bahn von den bisherigen Verpflichtungen freigestellt.

Bürgermeister Schmitz-Kröll zeigte wenig Hoffnung, dass die Bahn in diesem Anliegen helfen könne. Er erinnerte daran, dass die Bahn AG schon über 7 Jahre für den Umbau des Bahnhofgeländes benötigt habe. Er glaube kaum, dass man überhaupt auf eine entsprechende Anfrage für die Toilettenanlage auf städtischem Terrain eine Antwort erhalte.

Auch Stadtverordneter **Meertens** sprach sich dafür aus, an die zuständigen Vertreter aus Politik und Bahnvorstand heranzutreten, um auf diese Situation hinzuweisen.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass er wisse, dass in vergleichbaren Fällen die Bahn darauf verwiesen habe, dass die Züge mit einer entsprechenden Toilettenanlage ausgestattet seien und deshalb eine diesbezügliche Einrichtung an den Haltestellen entbehrlich sei. Es sei wohl nicht zu erwarten, dass die Bahn für die Übach-Palenberger Situation eine andere Meinung vertrete.

Beschluss:

In Bahnhofsnähe soll eine Toilettenanlage errichtet werden. Dies soll eine selbstreinigende Münzanlage sein, wie sie in vielen Städten bereits zu finden ist. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten zu ermitteln und dem zuständigen Ausschuss die Ergebnisse vorzustellen. Je nach Ergebnis ist dann zu entscheiden, ob diese Anlage noch in 2009 oder erst im nächsten Jahr errichtet werden kann. Für die Verwendung der Mittel des kommunalen Infrastrukturmaßnahmen des Konjunkturpaketes II wird die Maßnahme in III. Priorität festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

**27 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen**

I) Antrag der SPD-Fraktion

Stadtverordneter **Offermanns** erklärte, dass er ebenfalls einen Bedarf an der Postagentur in Übach sehe.

Stadtverordneter **Meertens** erklärte hierzu, dass die Parksituation auf der Freiheitstraße ohnehin sehr unzureichend sei. Er kündigte an, dass die UWG-Fraktion in einer der nächsten Sitzungen hierzu einen entsprechenden Antrag stellen wolle.

Beschluss:

An der Poststelle Schneidersmann in Palenberg wird ein Behindertenparkplatz errichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

m) Antrag der SPD-Fraktion

Stadtverordneter **Gudduschat** ergänzte zu diesem Vorhaben, dass sich dieses im Rahmen der bestehenden gesetzlichen und ortsrechtlichen Bestimmungen für das Friedhofswesen abspielen müsse.

Stadtverordneter **Weißborn** führte aus, dass eine solche Einrichtung sich selbstverständlich im gesetzlichen Rahmen bewegen müsse. Die Verwaltung solle hierzu klären, was nötig sei und eine Anpassung der dafür notwendigen Regelungen vorbereiten.

Beschluss:

Auf einem der städtischen Friedhöfe wird eine Fläche für Menschen mit moslemischem Glauben eingerichtet. Da in der Stadt Übach-Palenberg mittlerweile Menschen mit Migrationshintergrund in der zweiten und dritten Generation leben, ist es ein gutes Stück Integration, ihnen die Möglichkeit zu bieten, ihre Verstorbenen auch hier zu bestatten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

n) Antrag der SPD-Fraktion

Beschluss:

Die Stadt Übach-Palenberg führt einen Ehrenamtspass ein. Das Ehrenamt wird immer wichtiger und wir in Übach-Palenberg können stolz darauf sein, dass sich in unserer Stadt so viele Menschen ehrenamtlich betätigen. Für Inhaber dieses Ehrenamtspasses soll es in den städtischen Einrichtungen finanzielle Vergünstigungen geben. Dies gilt beispielsweise für den Eintritt ins Schwimmbad oder den Besuch unserer kulturellen Veranstaltungen. Der Kreis Heinsberg wird gebeten, auch in seinen Einrichtungen Vergünstigungen für die Inhaber dieses Passes einzuräumen. Die Verwaltung wird beauftragt einen entsprechenden Beschlussvorschlag mit dem dazugehörenden Regelwerk zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

o) Antrag der CDU-Fraktion

Stadtverordneter **Weißborn** führte aus, dass die Umsetzung dieser Maßnahme selbstverständlich abhängig von der zu erwartenden Landesförderung sei.

Beschluss:

Für die Maßnahme Um- und Ausbau des Radweges am Waubacher Weg in Marienberg werden Mittel in Höhe von 145.000 € in den Haushalt 2009 eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen

p) Antrag der Fraktion Bündnis'90/Die Grünen

Beschluss:

Der Haushaltsansatz zur Errichtung einer Videoüberwachung an den Schulen wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
28 Nein-Stimmen

q) Antrag der SPD-Fraktion

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass in einer zusätzlich anberaumten Sitzung der Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss, die Vorsitzende Gillen hierzu einen separaten Punkt auf die Tagesordnung bringen wolle. Vertreter des Landes sollen hierzu entsprechende Auskunft geben.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass trotzdem eine umfangreiche Einwohnerversammlung für alle Bürgerinnen und Bürger angezeigt sei. Letztendlich könne auch der Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss in dieser Angelegenheit keine abschließende Entscheidung treffen.

Beschluss:

Zur Planung der L240n wird eine stadtweite Einwohnerversammlung durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

II. Beschluss zur Haushaltssatzung der Stadt Übach-Palenberg für das Haushaltsjahr 2009

Unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungen und weiteren Maßnahmen fasst der Rat folgenden

Beschluss:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan

- der Gesamtbetrag der Erträge auf 47.044.822,00 €
(Pos. 10+19+23 des Gesamtergebnisplanes)
- der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 50.570.999,00 €
(Pos. 17+20+24 des Gesamtergebnisplanes)

im Finanzplan

- der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 42.057.368,00 €
(Pos. 9 Gesamtfinanzplanes)
- der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 43.402.110,00 €
(Pos. 16 Gesamtfinanzplanes)
- der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitions- u. Finanzierungstätigkeit auf 8.712.750,00 €
(Pos. 23+33 Gesamtfinanzplanes)
- der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitions- u. Finanzierungstätigkeit auf 10.279.745,00 €
(Pos. 30+34 Gesamtfinanzplanes)

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2009 für Investitionen erforderlich ist, wird auf 3.263.940,00 € festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 2.902.200,00 € festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf 3.526.177,00 € festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 4.000.000,00 € festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2009

wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|------|---|-----------|
| 1. | Grundsteuer | |
| 1.1. | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A) auf | 240 v. H. |
| 1.2. | für die Grundstücke
(Grundsteuer B) auf | 379 v. H. |
| 2. | Gewerbesteuer auf | 399 v. H. |

Abstimmungsergebnis:

27 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen

9 Erweiterungen zur Tagesordnung

9.1 gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen nach § 5 GeschO vom 10.03.2009 betr. Resolution für einen gemeinsamen Wahltermin von NRW-Kommunal- und Bundestagswahl am 27.09.2009

Schriftführer **Schröder** verlas folgenden Antrag:

„SPD-Fraktion / Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Übach-Palenberg und

An den 10.03.2009
Bürgermeister
der Stadt Übach-Palenberg
Herr Paul Schmitz-Kröll
Rathausplatz 4

52531 Übach-Palenberg

Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im
Rat der Stadt Übach-Palenberg

Hier: Resolution für einen gemeinsamen Wahltermin von NRW-Kommunal- und
Bundestagswahl am 27. September 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schmitz-Kröll!

Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Übach-Palenberg beantragen für die nächste Sitzung des Stadtrates den oben genannten Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen und folgenden Beschluss herbeizuführen:

„Der Rat der Stadt Übach-Palenberg fordert die nordrhein-westfälische Landesregierung auf, die in diesem Jahr anstehende NRW-Kommunalwahl gemeinsam mit der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009 durchzuführen. Der Bürgermeister wird aufgefordert, sich mit Nachdruck für diese Position gegenüber

dem Ministerpräsidenten, dem Landtag sowie den kommunalen Spitzenverbänden einzusetzen.'

Begründung:

Der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof hat mit seinem Urteil vom 18. Februar 2009 die gesetzlich geregelte Vorverlegung der Kommunalwahl auf den Tag der Direktwahl zum 7. Europäischen Parlament am 07. Juni 2009 als ‚mit demokratischen Grundsätzen unvereinbar und nichtig‘ und deshalb für ‚verfassungswidrig‘ erklärt. Die Zusammenlegung hätte zu einem fast 20-wöchigen Nebeneinander alter und neuer Mandatsträger/innen geführt, da die Amtszeit der Landrätinnen/Landräte, Bürgermeisterinnen/Bürgermeister und der Räte in Kreistagen, Städten und Gemeinden erst im Oktober dieses Jahres endet.

Das NRW-Innenministerium hat noch am Tag der Urteilsverkündung, in Abstimmung mit der Staatskanzlei, einen zusätzlichen Wahltermin für den 30. August 2009 festgesetzt.

Ein zusätzlicher Wahltermin kostet landesweit zusätzlich 42 Millionen Euro. Legt man bei der Kostenermittlung je 3,43 Euro (lt. Bund der Steuerzahler) für jede/jeden der rd. 19.000 Übach-Palenberger Wahlberechtigten zugrunde, könnte dies für unsere Stadt zusätzliche Kosten in Höhe von rd. 65.000 Euro bedeuten. Selbst wenn man nur 50 % davon ansetzen würde, wäre dies finanziell unverantwortlich. Dieses Geld kann und muss sinnvoller eingesetzt werden! Die Motivation zur Gewinnung ehrenamtlicher Helfer/innen sowie die Belastungen der Wahlvorstände bei den zwei Wahlterminen in kurzer Folge sind absolut unverhältnismäßig.

Deshalb ist es notwendig die NRW-Kommunalwahl mit der Bundestagswahl am 27. September 2009 zusammenzulegen. Nur so können Wahltermine reduziert, die Wahlbeteiligung erhöht, der Politikverdrossenheit entgegen gewirkt und die Wahlkosten gesenkt werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Heiner Weißborn,
SPD-Fraktion

gez. Rainer Reißmayer
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen“

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass aus der Begründung des Antrages nachvollziehbar sei, dass nur ein gemeinsamer Termin wirklich Sinn mache.

Stadtverordneter **Gudduschat** führte aus, dass der Stellenwert der Kommunalwahl nicht zugunsten eines gemeinsamen Wahltermins mit der Bundestagswahl zurücktreten dürfe. Im Übrigen halte er die Resolution auch für unnötig, da sich der Verfassungsgerichtshof des Landes mit der Angelegenheit beschäftigen werde.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass auch die UWG-Fraktion die getrennten Wahltermine für finanziell unsinnig halte und deshalb dem Antrag zustimmen wolle.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg fordert die nordrhein-westfälische Landesregierung auf, die in diesem Jahr anstehende NRW-Kommunalwahl gemeinsam mit der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009 durchzuführen. Der Bürgermeister wird aufgefordert, sich mit Nachdruck für diese Po-

sition gegenüber dem Ministerpräsidenten, dem Landtag sowie den kommunalen Spitzenverbänden einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen

9.2 Antrag der Freiwilligen Feuerwehr Übach-Palenberg, Löschzug Übach auf Durchführung einer weiteren Veranstaltung im Rahmen des 112-jährigen Bestehens

Beschluss:

Die Veranstaltung wird analog der Veranstaltung vom 13. Juni genehmigt. Musikalische Darbietungen sind bis 2.00 Uhr zulässig. Das Zelt ist bis 3.00 Uhr zu räumen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Beigeordneter **Schlüter** berichtete darüber, dass die S-Bauland, als Antragstellerin für das Erschließungsgebiet Kreuzgracht über Probleme mit dem Grunderwerb berichtet habe.

Das Verfahren zum Bebauungsplan und der Abschluss des Städtebaulichen und Erschließungsvertrages werde deshalb vorerst ruhend gestellt.

Bürgermeister Schmitz-Kröll wies die Stadtverordneten auf ein ergänzendes Schreiben von Pfarrer Sannig zur Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket hin, das den Stadtverordneten zugestellt worden sei. Er wolle hierauf noch einmal hinweisen, da es in den Anträgen und Stellungnahmen der Fraktionen bisher nicht aufgegriffen worden sei.

11 Einwohnerfragestunde

Fragen von Einwohnern wurden nicht gestellt.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 20.05 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 20:10 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer